Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 11. Juni 1926
Freitag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
11. 6. m Nr. 266 10 Pfennig

Der Sturm in den Parlamenten.

Dr. F. K. Reichstag und Landtag waren gestern der Schauplatz abstoßender Szenen. Die Kommunisten, die den Enteignungsrummel inszeniert und die Sozialdemokratie gegen den Willen ihrer Führer in den Strudel mit hineingezogen haben, können zufrieden sein. Die Diskreditierung der Parlamente schreitet weiter fort. Die Verrohung der Debatten, blöde Beschimpfungen, kaschemmenmäßige Zwischenrufe beherrschen die Szene, und man wundert sich über nichts mehr.

Der Volksentscheid über die Fürstenenteignung muß durchgeführt werden. Auf seine Annahme ist nicht zu rechnen. Wenn die Kommunisten so viel Stimmen wie beim Volksbegehren zusammenbekommen, so wird das für sie schon ein sehr schöner Erfolg sein. Ein Wort muß freilich laut und deutlich gesagt werden: Es hätte niemals diese Leidenschaft der Agitation gegeben, wären einzelne Angehörige der Fürstenhäuser nicht von allen guten Geistern verlassen worden. Wenn die Prinzessin Miliza von Montenegro das Versailler Diktat gegen Deutschland anruft und sich den französischen Uebermilitaristen Paul-Boncour zum Anwalt gegen ihre Heimat wählt, dann arbeitet dieses beschämende Vorgehen den Kommunisten in die Hände, und die Mecklenburgerin gießt Oel ins Feuer. Die entschädigungslose Enteignung aber ist, wie auch der Reichskanzler mit wünschenswerter Deutlichkeit erklärt hat, in einem Rechtsstaate unmöglich. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird den Volksentscheid durch Stimmenthaltung zu Fall bringen. Der Reichskanzler hat angekündigt, daß die Regierung nach dem selbstverständlich verneinenden Ergebnis der Abstimmung nach wie vor mit aller Entschiedenheit eine gesetzgeberische Regelung anstreben wird; er hat sogar die Drohung ausgesprochen, daß er auch vor den Konsequenzen dieser Haltung, also selbst vor Neuwahlen, nicht zurückschrecken werde, wenn dieser Reichstag ein Gesetz nicht zustande bringen sollte. Es ist also nicht so, daß nach der Ablehnung des Volksentscheids der frühere Zustand wiederhergestellt wird.

Hinsichtlich der Veröffentlichung des Briefes des Reichspräsidenten hat der Reichskanzler ebenfalls eine sehr klare und einwandfreie Erklärung abgegeben. Ueber die politische Opportunität des Schreibens sich zu äußern, war nicht seine Aufgabe. In staatsrechtlicher Hinsicht sind seine Ausführungen unantastbar. Wir haben zu dem Schreiben vor kurzem in dem Sinne Stellung genommen, daß sein Inhalt zu billigen, die Zweckmäßigkeit seiner Veröffentlichung zu bezweifeln ist. Wenn der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken gestern eine so scharfe Erklärung abgab, so ist das ein Beweis für die Richtigkeit unserer Ansicht. Wir wissen nicht, wer ein Interesse daran haben könnte, die Sozialdemokratie zu radikalisieren und den gemäßigten Flügel immer mehr zu schwächen. Trotzdem mußte die kurze, aber sehr scharfe Stellungnahme des Abgeordneten v. Guérard gegen den Reichskanzler Marx überraschen, der doch vor nicht sehr langer Zeit noch der beste Mann des Zentrums genannt wurde. Die Führer der Zentrumspartei haben immer eine scharfe Witterung für populäre Strömungen in den Massen gehabt. Ihnen zu sehr nachzugehen, scheint aber gerade in dem vorliegenden Fall nicht ohne Gefahr. Den Kommunisten sind die Güter der toten Hand genau so lieb wie die Schlösser der preußischen Könige. Gibt es nicht z. B. auch populäre Strömungen gegen die Grundrechte des Beamtentums? Befremdlich ist dieser Vorstoß weiterhin, weil man ihn unwillkürlich mit dem Einspruch der Zentrumspartei gegen die Ernennung des Staatssekretärs Schmid in Verbindung bringen muß, und auch den Gedanken an die überraschenden Schwierigkeiten bei der Besetzung des Wiener Gesandtenpostens nicht los wird. Was den Staatssekretär Schmid betrifft, so haben wir nicht gehört, daß die Zentrumsvertreter ihm bisher die sachliche Eignung zur Führung seines Amtes abgesprochen hätten. Die Widerstände der „rheinischen Bevölkerung" tauchten erst auf, als er unter Belassung in seinem bisherigen Wirkungskreis zum Staatssekretär ernannt worden war. Wir halten, wie gesagt, diese Vorgänge für bedenkliche Symptome, und glauben, daß gerade das Zentrum die letzte Partei ist, die den seinen Reihen entnommenen Reichskanzler in einen Konflikt zwischen staatspolitischen Notwendigkeiten und den Anschauungen seiner Fraktion bringen sollte.

Für das Niveau des Reichstages sehr bezeichnend war die Tatsache, daß die ausgezeichnete dritte Rede des Reichskanzlers, die er an Stelle des unpäßlichen Außenministers über den Berliner Vertrag mit Rußland hielt, ein nur sehr mäßig besetztes Haus hatte. Eine der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen Deutschlands, die seit 1918 überhaupt gefällt wurde, leidet unter einer Teilnahmslosigkeit, als ob es sich um eine Vorlage vierten Ranges handelt. Die Erklärung arbeitet in geschickter Weise den Gedanken heraus, daß der Vertrag mit Rußland eine infolge der besonderen Lage des Deutschen Reiches unbedingt erforderliche Ergänzung zu den Abmachungen mit dem Westen war. Die Rede soll in Moskau sowohl wie in Paris, London und Genf gehört werden und wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Wichtig der Passus, daß heute von keiner Seite mehr ernstlich behauptet würde, der Berliner Vertrag stelle das Werk von Locarno in Frage. Das Wort von der deutsch-russischen Schicksalsgemeinschaft ist gleichfalls festzuhalten. Der Kanzler sprach von der Politik des Friedens, die Deutschland verfolge, und er hätte hinzufügen können, daß unsere Gegner von einer praktischen Betätigung solcher Friedenspolitik leider noch immer weit entfernt sind. Die Vertreter aller Fraktionen stimmten dem Abschluß des Vertrages grundsätzlich zu. Beachtlich ist die Bemerkung des Abgeordneten Professor Hoetzsch, daß er hoffe, auch die Beziehungen zu Polen würden sich jetzt bessern. Die Revolution in diesem Lande ist noch keineswegs vorbei. Es macht nur eine Atempause durch. Vielleicht erweist sich aber das neue Regime doch fähiger zu einer vernünftigen Haltung gegenüber dem großen deutschen Nachbarn, als die gestürzte extremchauvinistische Regierung.

Den Reichstag freilich interessieren diese Probleme offenbar weniger, als die innerpolitischen Mätzchen, mit denen er sich abgibt. In der deutschen Presse ist letzthin häufig zu lesen, daß in einem gegebenen Zeitpunkt eine Staatskrise drohe. Von anderer Seite wird das, wie jede politische Behauptung, bestritten. Uns scheint es, als ob wir uns schon heute in einem überaus krisenhaften Zustande befänden. Man kann in diesem Zusammenhange auch den Fall Lessing erwähnen. Solange es sich hierbei nur um Ausschreitungen der Studenten handelte, mochte, trotz der unglaublichen literarischen Leistungen dieses Privatdozenten, zweifelhaft sein, ob die Studentenschaft nicht besser andere Mittel gegen Herrn Lessing angewendet hätte. Seitdem indes der einstimmige Beschluß des Lehrkörpers der Hochschule vorliegt, ist die Angelegenheit wohl entschieden. Die Parteipresse macht es sich sehr leicht, indem sie, wie schon in anderen Fällen, die Professorenschaft in Bausch und Bogen angreift und beschmutzt. „Wir sind uns einig, daß Herr Lessing nach seinem unakademischen Verhalten und nach seiner ungeheuerlichen Verhöhnung der Hochschule nicht mehr würdig ist, Mitglied ihres Lehrkörpers zu sein." Hier liegt eine Verurteilung, die schärfer nicht gedacht werden kann, und die vernichtend ist. Man muß nach diesem Beschluß den Zynismus des Herrn Lessing bewundern, der behauptet, ausgerechnet er kämpfe für die Aufrechterhaltung der Staatsautorität. Wir gehen keinem sehr erfreulichen Sommer entgegen. Wenn sich im Reichstage die Uebung einbürgert, daß die Regierungsparteien gegen die von ihnen entsandten Minister auftreten, wenn es nicht bald gelingt, zu einer anständigen politischen Kampfesweise zurückzukehren und den „Fraktionismus" in seine Schranken zu verweisen, wird es eines Tages ein böses Erwachen geben.

Kabinett und Zentrumsfraktion.

Heute Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag

In parlamentarischen Kreisen hat die Stellungnahme des Zentrums, das durch den Abgeordneten v. Guérard die Erklärungen des Reichskanzlers zum Hindenburg-Brief als ungenügend bezeichnen ließ, großes Aufsehen erregt. Auf der Rechten glaubt man, darin eine Art Wiederholung des demokratischen Vorgehens gegen Reichskanzler Dr. Luther erblicken zu müssen. Man sprach vielfach von einem verhüllten Mißtrauensvotum. Weder die Fraktion noch Herr Marx haben aber die Absicht, aus dem Vorgang parlamentarische Folgerungen zu ziehen. Die Zentrumsfraktion hatte beachtlicherweise überhaupt keine Sitzung einberufen und auch zu Freitag vormittag bisher keine anberaumt. Wohl aber tat das Kabinett zusammen, um „laufende" Angelegenheiten zu beraten, darunter Finanz- und Saarfragen. Wie wir hören, ist auch die Frage eines Wechsels auf dem Posten des Staatssekretärs in der Reichskanzlei erneut aufgerollt worden. In diesem Zusammenhang gewinnt die Version an Bedeutung, daß die Gegensätze zwischen Reichskanzler Dr. Marx und dem gegenwärtig wortführenden Teil der Zentrumsfraktion nicht nur auf persönliche Differenzen, sondern auf bestimmte Forderungen des Zentrums hinsichtlich der Personalpolitik zurückzuführen sind.

Sollte die erwähnte Version zutreffen, so wäre die Methode, politischer Druck gegen den Kanzler, besonders bei dem vorliegenden Anlaß, sehr zu bedauern. In parlamentarischen Kreisen wird viel bemerkt, daß die Bedenken der Demokraten diesmal in viel milderer Form vorgetragen wurden, als die des Zentrums.

Heute nachmittag findet die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung statt. Er besagt u. a.:

„Die gegenwärtige Reichsregierung setzt den systematischen Kampf für die Fürsteninteressen und gegen den Volksentscheid, den sie unter der Leitung des Reichskanzlers Luther geführt hat, auch unter der Leitung des Reichskanzlers Marx fort. Sie hat durch ihre Kompromißversuche in der Frage der unerhörten Fürstenforderungen kein anderes Ziel verfolgt, als die Volksmassen irrezuführen, sie von dem Volksentscheid abzuhalten und ihnen vorzutäuschen, als ob die Regierung gegen die Ansprüche der Fürsten Maßnahmen ergreifen wolle, während in Wirklichkeit alle diese Kompromißentwürfe darauf hinauslaufen, die Fürstenforderungen zu bewilligen. Sie hat den Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten im Widerspruch zur Reichsverfassung für verfassungsändernd erklärt in der Absicht, ihn dadurch zu Fall zu bringen. Die Erklärung der Reichsregierung zum Enteignungsantrag war eine offene Kampfansage gegen die 12½ Millionen Werktätige, die im Volksbegehren die Enteignung der Fürsten forderten. Für den Brief des Reichspräsidenten v. Hindenburg trägt die Regierung Marx die volle Verantwortung. Dieser Kampf der Reichsregierung gegen den Volksentscheid ist ein Teil der reaktionären Maßnahmen ihrer Politik, mit der sie offen den monarchistischen Staatsstreichlern und ihren Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie in die Hände arbeitet. Mit dieser Politik hat sich die Regierung Marx in schärfsten Gegensatz zu den Massen des werktätigen Volkes gestellt. Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Von den Fraktionen haben bisher nur die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten zu der Frage des Mißtrauensvotums Stellung genommen. Die Deutschnationalen beschlossen, gegen den Antrag zu stimmen. Die Sozialdemokraten beschlossen Stimmenthaltung; sie wollen in einer Erklärung die Gründe darlegen, aus denen sie sich im gegenwärtigen Augenblick der kommunistischen Aktion nicht anschließen. Die Ablehnung des Antrags ist zu erwarten.

Eigener Nachrichtendienst
und „London Times News Service"

Brasilien verzichtet auf seinen Ratssitz.

Der kritische 10. Juni 1926. — Auslegung der spanischen Erklärung

sch. **Genf**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Der 10. Juni dürfte in der Geschichte des Völkerbundes als ein nicht weniger kritischer Tag angesehen werden, als es der 17. März gewesen ist. Die Spannung war vielleicht heute nachmittag sogar größer, als in jener entscheidungsvollen Sitzung der außerordentlichen Bundesversammlung. Sicher ist, daß, wer damals Wind gesät hat, nun Sturm erntet. In der 1½stündigen Pause zwischen der Vormittags- und der Nachmittagssitzung konnte man sich mit der Auslegung der spanischen Erklärung des Vormittags beschäftigen. Besonders bemerkenswert war der ursprünglich ausgegebene Text, der später abgeändert wurde. Der entscheidende Satz lautete in der ersten Fassung: „Die gegenwärtige Lage scheidet die Möglichkeit, gewählt zu werden, für Spanien aus, und weil damit der Grund entfällt, weshalb das Amendement zu Art. 4 des Paktes nicht ratifiziert werden konnte, hat sich meine Regierung entschlossen, die Ratifikation vorzunehmen." In der zweiten Fassung lautet der Satz: „Die gegenwärtige Lage schließt die Anwesenheit Spaniens bei einer Wahl aus, und weil damit der Grund usw."

Eine klare Auslegung für den spanischen Text wurde nicht gefunden, aber man war sich klar, daß die zweite Version eine ganz bedeutende Verschärfung bedeutete. Dies erkannten auch einige der Staatsmänner, welche vormittags die spanische Erklärung noch ernst begrüßt hatten. Scialoja erwähnte es sogar direkt.

Die Nachmittagssitzung begann um 3,15 Uhr. Der Ratstisch war voll besetzt, und man erfuhr, daß der brasilianische Gesandte aus Bern gekommen und Mello-Franco einen Brief überbracht hatte.

Den ersten Bericht am Nachmittag erstattete Graf Ishii über die Ergebnisse der Studienkommission für die Ratsreform. Er beantragte zur Kenntnisnahme der Berichte deren Ueberweisung an die Bundesstaaten und die Bevollmächtigung des fungierenden Ratspräsidenten im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Studienkommission, die für den 28. Juni d. J. vorgesehene Einberufung dieser Studienkommission zur zweiten Lesung weiter hinauszuschieben.

Scialoja erläuterte die Schritte der Studienkommission dahin, daß die Zahl neun für die nichtständigen Sitze nur in der Voraussetzung angenommen worden sei, daß die Zahl der ständigen Sitze nicht vermehrt würde, in welchem Fall die nichtständigen vermindert werden müßten. Denn die Gesamtzahl 14 dürfe nicht überschritten werden, die an sich schon groß und vielleicht zu groß sei.

Man war am Schluß angelangt. Mello-Franco verlas nun mit zitternder und schwer verständlicher Stimme eine Erklärung, die in Maschinenschrift 10½ Seiten ausfüllt. Er begann abermals beim 27. Januar 1919 und schilderte die Leistungen Brasiliens im Völkerbund. Er sagte dasselbe wie im März; er bekämpfte die militärischen Theorien der Großmächte, verlangte Gleichberechtigung der Kontinente und erklärte sich auch mit drei nichtständigen Sitzen für Südamerika unzufrieden, da dieses ständig im Rate vertreten sein müsse, wenn überhaupt ständige Sitze bestehen. Europa wird bald vier ständige Sitze haben, Asien einen, die drei afrikanischen und die zwei australischen Staaten sind durch Großbritannien vertreten, während die 17 südamerikanischen Staaten keine ständige Vertretung haben. Brasilien betrachtet sich nicht als Vertreter Südamerikas und braucht von diesem auch kein Mandat, aber es vertritt ein ihnen allen gehörendes Recht. Neben diesen unpersönlichen Forderungen wollte Brasilien im Rat gleichberechtigt seine eigenen Forderungen prüfen, um den im Artikel IV für Amerika vorgesehenen Sitz einzunehmen. Als die Frage der ständigen Sitze jetzt vertagt wurde, stand der Entschluß Brasiliens fest, den siebenjährigen nichtständigen Sitz abzulehnen. Aber es wollte die Ratsverhandlungen der letzten Session vor der Bundesversammlung nicht stören und keine Unannehmlichkeiten im Sinne des Artikel V machen. Wenn ein Sitz unbesetzt ist, kann der Rat nicht entscheiden. Brasilien wird abwarten, was hinsichtlich der ständigen Vertretung Südamerikas im Rate beschlossen wird. Im September kann der nichtständige Teil des Rates sofort leicht ergänzt werden. Die fristlose Vertagung der Studienkommission läßt befürchten, daß diese Frage nicht mehr behandelt wird, was die Abweisung Brasiliens bedeutet.

Mello Franco überreichte dem Generalsekretär die Abschrift des telegraphisch eingegangenen Exposés des brasilianischen Staatspräsidenten.

Es folgten nun wieder die Sympathieerklärungen. Diesmal begann Guani vom persönlichen und nachbarlichen Standpunkt aus; Chamberlain schloß sich, wenn auch weit kühler, an. Scialoja erinnerte an den völkischen Zusammenhang Italiens und Brasiliens, sprach von der Augustsitzung des Rates, bestritt aber Brasilien das Recht und die Möglichkeit des Austritts.

★

Es ist heute noch nicht der Augenblick, eingehend die Lage zu würdigen. Aber wenn Mello Franco mit seiner Behauptung Recht hätte, daß die Anwesenheit aller 10 Ratsmitglieder zur Beschlußfassung nötig sei, würde er, ob zwar er die gegenteilige Absicht versicherte, die Verhandlungen dennoch gestört haben. Denn erstens ist höchstwahrscheinlich eine Augusttagung geplant und eine außerordentliche Tagung kann jederzeit nötig werden. Aber die Ansicht der Völkerbundsjuristen geht heute dahin, daß ein Abwesender als ein Stimmenthalter aufgefaßt werden müsse und damit die Einstimmigkeit nicht störe.

fr. **Mailand**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Im italienischen Senat haben die beiden italienischen Senatoren Chersich und Luiggi mit Rücksicht auf die Notlage einiger Fremdenkurorte die Wiederzulassung des Glücksspieles in größeren Grenzfremdenorten, wie San Remo und Abbazia, verlangt. Der Minister des Innern erklärte, die Regierung enthalte sich jeder Stellungnahme.

Die „Einstimmigkeit" des Pariser Kabinetts.

Differenzen zwischen Briand und Péret über die Sanierung.

a. **Paris**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Die beruhigenden Erklärungen über die Einstimmigkeit innerhalb des Kabinetts, die gestern von amtlicher Seite verbreitet wurden, haben sich, wie bereits gemeldet wurde, nicht als sehr bedeutungsvoll erwiesen. Die zahlreichen tendenziösen Gerüchte, die in der Pariser Parteipresse verbreitet werden und die täglich in Sensationsform ins Ausland gelangen, geben allerdings ein durchaus falsches Bild der Lage. Richtig ist, daß zwischen Briand und Péret Meinungsverschiedenheiten über die Erweiterung des Kabinetts bestehen, und daß Péret mit seiner Demission gedroht habe. Der Grundgedanke Pérets ist nämlich, daß die finanziellen Schwierigkeiten

nur unter Ausschaltung des Parteikampfes

und auf möglichst breiter Regierungsbasis gelöst werden können. Das entspricht indessen durchaus der Auffassung Briands und der übrigen Kabinettsmitglieder. Nur müßte Briand seiner Gewohnheit entsprechend möglichst langsam vorgehen und seine lavierende Methode auch in diesem Falle nicht aufgeben.

Es handelt sich also wenigstens vorläufig nur um eine Art von freundschaftlichem Konflikt, den Briand nach seiner gestrigen Rückkehr in Genf sofort beilegen konnte. Von einer Regierungskrise zu sprechen, liegt im Augenblick keine Veranlassung vor. Der Kampf geht nicht um die Beseitigung oder auch nur um eine wesentliche Umbildung des Kabinetts, sondern vielmehr um seine Erweiterung durch führende Persönlichkeiten der rechtsstehenden Gruppen. Eine Operation, die Briand durchführen müßte, ohne jedoch den Zusammenhang mit der Linken völlig zu verlieren. Die Verhandlungen über diesen Punkt sind ständig im Gange.

Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Verschärfung der Lage eintritt, falls man bei der Aenderung des Kabinetts

durch die Unschlüssigkeit Briands

schließlich die Geduld verlieren könnte. Eine führende Rolle innerhalb dieser Gruppe spielt bekanntlich neuerdings der Abgeordnete Franklin Bouillon, der mit Briand übrigens auch heute verhandelt hat, und dessen Absicht dahin geht, die bei den letzten Abstimmungen zutage getretene Mehrheit zur Basis des neuen Kabinetts zu machen. Franklin Bouillon soll beabsichtigen, durch eine Interpellation für die allgemeine Politik der Regierung eine Entscheidung herbeizuführen, und die Frage ist nun, ob er diese Absicht bereits, wie vielfach angenommen wird, in den nächsten Tagen durchführen will oder ob er sich den Plänen des Kabinetts fügen wird, das sein Finanzprojekt etwa am 25. Juni der Kammer unterbreiten zu können hofft. In der Zwischenzeit beschäftigt sich die Kammer mit Arbeiten von geringem Interesse und hat heute mit 372 gegen 102 Stimmen einen Kredit von 500 000 Franken für die bevorstehende Reise des Präsidenten Doumergue nach London angenommen.

★

a. **Paris**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Kammergruppe beschäftigte sich heute in ihrer Sitzung mit dem französisch-amerikanischen Schuldenregelungsprojekt und faßte schließlich den Beschluß, die Kammer aufzufordern, die Regierung einzuladen, daß diese sich mit der amerikanischen Regierung in Verbindung setzt, um dem Schuldenabkommen eine Klausel einzuverleiben, laut der die Zahlungen in Franken erfolgen sollen. Diese Frankensummen sollten jedoch so lange in Frankreich verbleiben, bis die französische Devise stabilisiert ist, worauf sodann die Zahlungen in Dollars umgewandelt werden sollen, aber nur in der Weise, daß die Stabilität der französischen Währung nicht beeinträchtigt wird.

Ungarns Verstimmung gegen Frankreich.

kbg. **Wien**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Der in Genf erfolgte Ueberfall auf den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen findet in Budapest bis in die Reihen der Opposition hinein einmütige Verurteilung. In den Budapester Blättern kommt die Verstimmung gegen Frankreich heute wieder dahin zum Ausdruck, als sie in Frankreich eine allzugroße Duldung der Wühlarbeit der ungarischen Emigranten in Paris gegen das heutige Ungarn zum Vorwurf machen. Man sieht in Budapest noch nicht klar, ob der üble Held, der in Genf Bethlen mißhandelte, Iwan Just oder Emmerich Beer ist. Beide gelten als Abenteurer, die seit langem republikanische Propaganda machten, ohne Anhang zu finden, und beide sind auch bereits wegen verschiedener Delikte verurteilt worden.

Politisches Attentat im Pariser Justizpalast.

a. **Paris**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Der Pariser Justizpalast ist heute in den Nachmittagsstunden der Schauplatz eines politischen Attentats geworden. Zur Verhandlung stand ein Zusammenstoß, der sich vor einiger Zeit zwischen nationalistischen und kommunistischen georgischen Studenten ereignete und demzufolge mehrere nationalistische Studenten unter Anklage der Gewalttätigkeit standen. Die nationalistischen Studenten werden aller Voraussicht nach freigesprochen werden. Als sie heute den Sitzungssaal verließen, gab ein Mann auf den Direktor der Zeitung „Georgia Nouvel", der als Zeuge zugunsten der nationalistischen Studenten ausgesagt hatte, mehrere Revolverschüsse ab. Der Angegriffene wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, wo sein Ableben befürchtet wird. Ueber die Persönlichkeit des Attentäters ist vorläufig nichts Näheres bekannt. Es soll auch ein Georgier sein.

kbg. **Wien**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Die von der Unterrichtsverwaltung und dem Finanzministerium mit den Mittelschullehrern geführten Verhandlungen über Besoldungsfragen sind günstig abgeschlossen worden.

Die Eröffnung des ägyptischen Parlaments.

König Fuad mahnt zum inneren Frieden für die Zukunft.

Kairo, 10. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Parlament wurde heute eröffnet. Die Sitzung verlief friedlich und im Rahmen der üblichen Formen. König Fuad und die ägyptischen Feldmarschälle fuhren mit dem Ministerpräsidenten Adly vom Palast zur Kammer, wo sie pünktlich zur festgesetzten Zeit eintrafen. Der britische Oberkommissar Lord Lloyd war schon vorher angekommen. Beim Eintritt des Königs erhob sich die Versammlung von ihren Sitzen. Fuad überreichte dann

die Thronrede

dem Ministerpräsidenten, der sie verlas. Die Thronrede war verhältnismäßig kurz. Der König drückt zunächst den Wunsch aus, die Konflikte der Vergangenheit sollten vergessen werden. Die Regierung habe die Absicht, das parlamentarische Regime zu stärken. An Einzelmaßregeln wurde die Einbringung eines Beamtengesetzes angekündigt, das die Beamten gegen die Folgen eines Wechsels in der parlamentarischen Regierung schützen soll. Besondere Erwähnung fanden Erziehungs- und Gesundheitswesen. Die Regierung kündigt ferner an, das Zoll- und Steuersystem zu verbessern und neue Einnahmequellen zu erschließen.

Wichtig sei die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den ausländischen Mächten,

deren Angehörige sich in Aegypten der Ruhe und Sicherheit erfreuen müßten. Der Schutz ägyptischer Interessen müsse verbunden werden mit der Sicherheit der Interessen der Ausländer. Die Regierung werde es sich besonders angelegen sein lassen, zwischen den Völkern Englands und Aegyptens und den beiderseitigen Regierungen gegenseitiges Vertrauen und herzliche Beziehungen herzustellen und die Atmosphäre guten Verstehens vorzubereiten, die Aegypten in den Genuß völliger Unabhängigkeit versetzen werde. Die Regierung sei der Ansicht, daß die im Sudan getroffenen Maßregeln die legitimen Ansprüche Aegyptens nicht beseitigen. Die ägyptischen Ansprüche blieben aufrechterhalten, die Regierung werde alles tun, um eine gütliche und befriedigende Lösung zu erzielen. Die Mitgliedschaft Aegyptens im Völkerbund und seine Teilnahme am internationalen Leben würden von der Regierung mit Genugtuung begrüßt. — Die Thronrede wurde bei der Erwähnung des Sudans von den Abgeordneten mit enthusiastischen Rufen unterbrochen.

Die Volksmenge in den Straßen war nicht so groß wie üblich, und die Zeremonie bot dem Publikum

keinen Anlaß zu Begeisterungsszenen.

Nur bei der Ankunft der Wafdisten ertönten Hochrufe. Das einzig wichtige Ereignis war die Wahl Zaghlul Paschas zum Präsidenten der Kammer. Zu Vizepräsidenten wurden zwei seiner engsten Anhänger gewählt. Auch alle übrigen parlamentarischen Posten sind zu 80 Prozent mit Wafdisten besetzt worden.

★

Kairo, 10. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Oberkommissar Lord Lloyd ist heute abend nach Palästina abgefahren.

Die russischen Geldmittel im englischen Streik.

Erregte Unterhausdebatte. — Neue Konfliktsgefahr.

sx. **London**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Die russische Unterstützung der englischen Bergarbeiter, über die heute das Unterhaus verhandelte, scheint sich zu einem ernsthaften politischen Konflikt zwischen England und Rußland auszuwachsen. Der rechtsradikale Innenminister Sir William Joynson Hicks beschuldigte die russische Regierung, unmittelbar oder auf Umwegen über die 3. Internationale diese Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Auf eine Zwischenfrage Mac Donalds schränkte er seine Anklage allerdings dahin ein, nur gewisse Mitglieder der russischen Regierung seien an dieser Angelegenheit beteiligt. Es läge ihm fern, gegen eine „befreundete Nation" Vorwürfe zu erheben, aber er hätte heute vom Foreign Office die Mitteilung erhalten, der Beweis dafür sei erbracht, daß die seinerzeit zu dem Generalstreik gestifteten russischen Gelder

unmittelbar von der russischen Regierung stammten.

Vorläufig sei noch kein Schritt bei dem russischen Geschäftsträger unternommen worden. Die Regierung werde vielmehr erst einen ausführlichen Bericht des Foreign Office abwarten und diesen Bericht im Zusammenhang mit bei englischen Kommunisten beschlagnahmten Dokumenten in der nächsten Woche dem Parlament vorlegen. Auf Anfrage von Labourseite, ob die Regierung es nunmehr für nötig halte, die Kohlenbergwerke in staatlichen Besitz überzuführen, erklärte Baldwin kurz: „Nein!"

Die konservative Presse setzt ihre Hetze gegen die Bolschewisten fort. Heute abend wird behauptet, die russischen Gelder hätten den

Umweg über eine Pariser Bank

genommen, wo sie von einem Beauftragten Cooks, der jede Woche zu diesem Zwecke nach Paris fährt, abgeholt und in bar nach London gebracht würden.

Die Einigkeit unter den Bergarbeitern beginnt sich zu lockern. Der Distrikt Nottingham hat eine Entschließung gegen das Verhalten Cooks angenommen. Während des Generalstreiks sind, wie der Innenminister im Unterhause mitteilte, 1750 Personen wegen Streikvergehens vor Gericht gestellt worden, wovon 632 zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Er sähe keinen Grund für eine Amnestie. In einigen wenigen Fällen habe er jedoch Begnadigung empfohlen.

kbg. **Wien**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek und seine Mitarbeiter treffen am Freitag in Wien ein. Der parlamentarische Hauptausschuß ist zur Entgegennahme seines Berichtes auf Dienstag einberufen.

Die Mukdenkonferenz beendet.

Vier Fragen Sowjetrußlands an Tschang Tso-lin

Peking, 10. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Vor seiner Abreise aus Mukden nach Tientsin hat Marschall Tschang Tso-lin Anordnung gegeben, sich in keine weiteren Verhandlungen über die von den Sowjetvertretern angeschnittenen Fragen einzulassen. Die russisch-chinesische Mukdenkonferenz ist daher faktisch zum Abschluß gekommen. Ueber die Eisenbahnangelegenheiten hat man sich geeinigt. Dagegen haben die Sowjetvertreter die folgenden weiteren Fragen aufgeworfen:

1. **Tschang Tso-lin solle seine Forderung auf Abberufung Karakans zurückziehen.**
2. **Ein Sowjetvertreter mit besonderen Vollmachten soll an allen Gerichtsverhandlungen gegen Sowjetuntertanen teilnehmen, was eine teilweise Wiederherstellung der exterritorialen Rechte bedeuten würde.**
3. **Die russischen Gewerkschaften in der Mandschurei sollen offiziell anerkannt werden.**
4. **Für die Schiffahrt auf dem Sungari sollen neue Verordnungen erlassen werden.**

Ueber diese vier Punkte war bei der Abreise Tschang Tso-lins noch keine Entscheidung erzielt worden.

Koreas letzter Kaiser zu Grabe getragen.

Tokio, 10. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Leichenbegängnis des Exkaisers von Korea fand heute in Seoul, der Hauptstadt Koreas, mit großen Feierlichkeiten statt. Prinz Yigin, der Erbe des Exkaisers, brannte an der Leiche heilige Feuer ab und beglückwünschte den Kaiser zu seiner Himmelfahrt. Die erwarteten Unruhen trafen nicht ein, da Polizei und Militär in Bereitschaft gehalten waren.

Französisch-spanische Besprechungen.

a. **Paris**, 10. 6. (Eigenbericht.)

In den nächsten Tagen werden in Paris französisch-spanische Verhandlungen zur Regelung der Verhältnisse im Rifgebiet beginnen. Es soll sich zunächst nur um unverbindliche Besprechungen handeln, um möglicherweise später eine offizielle Konferenz folgen zu lassen. Die spanische Regierung wird bei den Verhandlungen durch den hiesigen Botschafter Quinones de Leon und durch den General Jordana vertreten sein. Quinones de Leon, der in den letzten Tagen in Madrid weilte, ist bereits nach Paris zurückgekehrt, und General Jordana soll morgen hier eintreffen.

Arbeiterexzesse in Polen.

Ein Polizist getötet.

Warschau, 10. 6.

Im südlichen Kongreßpolen kam es heute zu schweren Arbeiterausschreitungen. Vor einigen Tagen schon forderten die dortigen Arbeiter die Entlassung eines mißliebigen Ingenieurs. Als die Direktion dies abschlug, entfernten sie den Ingenieur gewaltsam. Auf das Ersuchen der Direktion wurden die Rädelsführer von der Polizei verhaftet.

Heute morgen gegen 11 Uhr rotteten sich vor dem Arrestlokal große Arbeitermassen zusammen, die die Freilassung der Festgehaltenen forderten und schließlich mit Gewalt gegen die Polizei vorgingen. Nach den spärlichen Nachrichten, die bisher hier vorliegen, entstand offenbar eine Schießerei, bei der ein Polizist getötet und mehrere Personen verletzt wurden.

Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß die Ruhe wieder hergestellt, und die Arbeit morgen wieder normal aufgenommen werden soll.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- und Geldmarkt.

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags.

	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
Tägl. Geld	4½	4½	Lond. 60 T.	4,82,00	4,82,12
Bankakzepte			Paris	2,96,00	3,00,00
(90 Tage) G	3⅞	3⅞	Brüssel	2,99,00	3,05,75
do. do. B	3⅝	3⅝	Amsterd.	40,14	40,18
Pa. Handelsw.			Zürich	19,35¼	19,35¼
niedr. Kurs	3½	3½	Oslo	22,31	22,27
do. höchster	4	4	Kopenh.	26,51	26,47
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,82	Prag	2,96	2,96½
bez.	—,—	—,—	Rom	3,63¼	3,69¾
London			Madrid	15,29	15,28
Kabel Tr.	4,86,54	4,86,50	Silber	65⅛	65⅛

New Yorker Börse.

	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
4½ St. Louis Prior.	84	84	7½ Rep. Dawes Anl.	104⅜	104⅜
6½ do. cum. Mrt. Bd.	96¾	96¾	6½ Berl. Stadt 25	90	89½
Baltimore shares	94¼	93¾	7 Bremer Anleihe	96½	96
Canad. Pacific	161	160	6½ Köln v. 1925	87¾	87¾
Chesapeake Ohio	131¼	130¾	7 Münch. v. 1925	—	—
Chic. Milwauk.	12¾	12¾	7 Dt. Kom. Verb. 47	96¾	96¾
Erie	35¾	35¾	7 Rentenbk. Kredit	99¾	99¾
Missouri Pac. proff.	83¾	84	7 Oest. Völkerbd.	101	100¾
Pennsylvania	52	52	7 Franz. Gold 49	90¾	90¾
Reading	88¾	87¾	5 Mex. Ausl. v. 99	48¾	47¾
Southern Pacific	100¾	101¾	4 Mex. Gold v. 04	32	30¾
Union Pacific	149¾	148¾	8 Poln. Ausl. 50	83¾	83¾
American Can	48¾	47¾	7 A. E. G. 1945	101¾	101¾
Anaconda	45¾	45¾	6½ Elektrowerke 50	90¾	90¾
Bethl. Steels	40¾	40¾	7 Fried. Krupp 29	97¾	97¾
General Electric	327¾	328	7½ Rh.-Elbe-Union	101¾	100¾
General Motors	133¾	129¾	7 Rh. W. El. 1950	97¾	96¾
Intern. Harvester	119	119	7½ Leonh. Tietz	97¾	97¾
Standard Oil N. J.	44¾	44¾	7 Sächs. Wke. 45	95	95¾
Studebaker	50¾	50¾	7 Siem. u. H. 1928	99¾	99
U. S. Steel Corp.	131¾	131¾	7 Aug. Thyssen	99¾	99¾

New York, Produktenmarkt.

	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
Kaffee Santos	22¼	22¼	Weissblech	5,50	5,50
„ Rio loko	19¹⁵/₁₆	20	Bessemer Stahl	35,50	35,50
„ Juli	17,89	17,64	Schmalz West.	17,40	17,60
„ Septbr.	17,12	16,89	Talg	9⅝	9⅝
„ Dezbr.	16,35	16,10	Bw. Saatöl loko	16,00	16,15
„ Januar	16,00	15,80	„ Juli	16,15	16,34
„ März	15,77	15,59	Petroleum Cases	19,15	19,15
Baumwolle loco	18,50	18,80	„ Tanks	8,75	8,75
„ Juli	18,03	18,31	„ Stand wh.	15,75	15,75
„ August	17,40	17,82	Pennsylv. Rohöl	3,65	3,65
„ Septbr.	16,90	17,39	Zucker Juli	2,39	2,40
„ Oktober	16,82	17,32	„ Septbr.	2,53	2,52
Zufuhr	6 000	9 000	„ Dezbr.	2,68	2,68
Kupfer elektr.	13¾	13¾	Kautsch. crepe	42	42½
Zinn	59,37	59,50	„ sheet.	42	42½
Blei	7,80	7,65	Terpentin	87	87
Zink	7,12	7,10	„ Savannah	80½	80½
Eisen	20,50	20,50	Baumw. N. Orl.	17,50	17,95

	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
Weizen, rot	173¾	176¾	Mehl, Sp.	7,25—7,75	7,25—7,75
Hartwinter	173¾	176¾	Getrfr. Engl.	1/6—2/0	1/6—2/0 sh
Mais	88	88¾	Kontinent	9—12 cts.	9—12 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
Weizen Juli	139¾	142¾	Schmalz September	16,97½	17,17½
„ Sept.	136¾	137¾	Rippen Juli	18,50	18,65
Mais Juli	74	74¾	Speck	19,00	19,00
„ Sept.	78¾	79¾	Leichte niedr.	14,15	14,00
Hafer Juli	41¾	42¾	Schweine höchst.	15,10	14,50
„ Sept.	42¾	43	Schwere niedr.	14,00	13,80
Roggen Juli	92	91¾	Schweine höchst.	14,75	14,60
„ Sept.	95¾	94¾	Zufuhr Chicago	27 000	15 000
Schmalz Juli	16,72½	16,92½	„ Westen	97 000	112 000